

NOMOSEINFÜHRUNG

VRiVG PD Dr. Andreas Dietz,
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Augsburg,
Universität Augsburg

Ausländer- und Asylrecht

Einführung

2. Auflage



Nomos

Inhaltsverzeichnis

Grafische Darstellungen und Schemata	21
Wichtige Texte und Quellen	22
Verzeichnis spezifischer Abkürzungen	23
Literaturempfehlungen zur Vertiefung	25

1. Teil

Die Bedeutung des Ausländer- und Asylrechts in Deutschland

§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte	27
§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht	29
I. Der Staatsbegriff als Grundlage des Ausländerrechts	30
II. Der Regelungsbereich des Ausländerrechts	31
III. Der Regelungsbereich des Asylrechts	33

2. Teil

Die Grundlinien des Ausländerrechts in Deutschland

§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes ...	35
I. Der Aufbau des Aufenthaltsgesetzes	35
II. Der Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	35
1. Der sachliche Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	35
2. Der personelle Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	36
§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers	37
I. Die Bedeutung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	38
1. Die Rechtsnatur von Visum und Aufenthaltserlaubnis	38
2. Die Arten von Visum und Aufenthaltserlaubnis	38
a) Der räumliche Geltungsbereich von nationalem Visum und Schengen-Visum	38
b) Die zeitliche Geltungsdauer von Visum und Aufenthaltserlaubnis	39
c) Die Beschränkung von Visum und Aufenthaltserlaubnis durch Nebenbestimmungen	39

d) Die europarechtlichen Sonderformen der Aufenthaltserlaubnis	40
II. Die Erteilungsvoraussetzungen für Visum und Aufenthaltserlaubnis	40
1. Die Voraussetzung eines gesicherten Lebensunterhalts	41
2. Die Voraussetzungen der geklärten Identität und des Passbesitzes	41
3. Der Ausschluss einer Erteilung wegen eines Ausweisungs- oder sonst entgegenstehenden öffentlichen Interesses	42
4. Die Einreise mit dem erforderlichen Visum	42
III. Die Aufenthaltszwecke für Visum und Aufenthaltserlaubnis	43
1. Der Aufenthaltszweck der Aus- und Fortbildung	43
a) Der Aufenthalt zum Studium nach § 16 AufenthG	43
aa) Die studienbezogenen Beschränkungen	43
bb) Die arbeitsmarktbezogenen Beschränkungen	44
b) Der Aufenthalt zur betrieblichen Aus- und Fortbildung nach § 17 AufenthG	44
c) Der Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nach § 17a AufenthG	44
2. Der Aufenthaltszweck zur Erwerbstätigkeit nach §§ 18 ff. AufenthG	45
a) Die Aufenthaltserlaubnis zur unselbständigen Erwerbstätigkeit nach § 18 AufenthG	46
b) Die Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zur unselbständigen Erwerbstätigkeit nach § 18a AufenthG ...	47
c) Die Niederlassungserlaubnis für Absolventen deutscher Hochschulen nach § 18b und § 19 AufenthG	48
d) Die Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche für qualifizierte Fachkräfte nach § 18c AufenthG	48
e) Die Blaue Karte EU nach § 19a AufenthG	48
f) Die Aufenthaltserlaubnis für ausländische Forscher nach § 20 AufenthG	49
g) Die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit nach § 21 AufenthG	49
3. Der völkerrechtliche, humanitäre oder politische Aufenthaltszweck	50
a) Die humanitäre Aufnahme von Ausländern nach § 22, § 23 und § 24 AufenthG	51
b) Die Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen nach § 23a AufenthG	51

c) Die ausländerrechtliche Umsetzung asylrechtlicher Entscheidungen und besonderer Härtefälle nach § 25 AufenthG	52
aa) Die Aufenthaltserlaubnis für Asyl- und international Schutzberechtigte	53
bb) Die Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen eines nationalen Abschiebungsverbots	53
cc) Die Aufenthaltserlaubnis bei besonderen Interessenlagen und für Opfer von Straftaten	53
dd) Die Aufenthaltserlaubnis für geduldete Ausländer	54
d) Die Altfallregelungen nach § 25a, § 25b und § 104a AufenthG	55
4. Der Aufenthaltswitzweck des Ehegatten- und Familiennachzugs	56
a) Die Begriffe von Ehe und Familie in § 27 AufenthG	57
b) Der Ehegatten- und Familiennachzug zu Deutschen nach § 28 AufenthG	58
c) Der Familiennachzug zu Ausländern nach § 29 AufenthG	59
d) Der Ehegattennachzug zu Ausländern nach § 30 und § 31 AufenthG	59
e) Der Kindesnachzug zu Ausländern nach §§ 32 ff. AufenthG	60
f) Der Nachzug sonstiger ausländischer Familienangehöriger nach § 36 AufenthG	61
IV. Das Verwaltungsverfahren zur Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	62
1. Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden	62
a) Die sachliche Zuständigkeit der Ausländerbehörden	63
b) Die örtliche und instanzielle Zuständigkeit der Ausländerbehörden	64
2. Die Besonderheiten des ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahrens	64
a) Das Antragserfordernis	64
b) Die behördliche Amtsermittlungspflicht und die persönliche Mitwirkungspflicht	65
c) Die Anhörung des Ausländers	66
3. Die Form der Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	66

V. Der Rechtsschutz im Visums- oder Aufenthaltserlaubniserteilungsverfahren	67
1. Die Besonderheiten der Verpflichtungsklage zur Durchsetzung eines Visums- oder Aufenthaltserlaubnisanspruchs	67
a) Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	67
b) Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	68
c) Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	70
d) Der Klageantrag dieser Verpflichtungsklage	71
e) Der Eilrechtsschutz zur Durchsetzung eines Visums- oder Aufenthaltserlaubnisanspruchs	71
2. Die Anfechtungsklage gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	72
a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	72
b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	72
c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	73
d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	73
e) Der Eilrechtsschutz gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	73
VI. Die Integration von Ausländern im Bundesgebiet	73
1. Der Integrationskurs nach § 43 AufenthG	74
2. Die Berechtigung und die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs nach § 44 und § 44a AufenthG	74
VII. Die weiteren Pflichten von Ausländern im Bundesgebiet	75
1. Die Verpflichtung zur Passbeschaffung nach § 48 Abs. 3 AufenthG	75
a) Das Problem des fehlenden Passes	76
b) Die Verpflichtung zur Passbeschaffung	76
2. Die Verpflichtung zur Identitätsklärung nach § 49 AufenthG	77
§ 5 Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers	78
I. Die Ausreisepflicht nach § 50 Abs. 1 AufenthG	78
II. Das Erlöschen des Aufenthaltstitels nach § 51 Abs. 1 AufenthG	78
1. Das Erlöschen in Folge einer Nebenbestimmung nach § 51 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 AufenthG	79
2. Das Erlöschen in Folge einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ausweisung nach § 51 Abs. 1 Nr. 3, Nr. 4 oder Nr. 5 AufenthG	79

3.	Das Erlöschen in Folge einer Ausreise nach § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG	80
4.	Die Erledigung aus anderen Gründen	81
5.	Die Form der Erlöschenswirkung	81
6.	Der Rechtsschutz gegen ein Erlöschen	81
a)	Die Zulässigkeit dieser Feststellungsklage	82
b)	Die Begründetheit dieser Feststellungsklage	82
c)	Das Kostenrisiko dieser Feststellungsklage	82
d)	Der Eilrechtsschutz gegen eine Erlöschensfeststellung	83
III.	Die Ausweisung nach §§ 53 ff. AufenthG	83
1.	Die Ausweisung als sicherheitsrechtliche Präventivmaßnahme	83
2.	Der Systemwechsel der Ausweisung	84
3.	Die neue Ausweisungsregelung des § 53 AufenthG	84
a)	Der Ausweisungsanlass nach § 53 Abs. 1 AufenthG	85
b)	Die Abwägung nach § 53 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG	86
c)	Die Einschränkungen der Ausweisung nach § 53 Abs. 3 und Abs. 4 AufenthG	86
d)	Die Struktur und die gerichtliche Überprüfung der Ausweisungsentscheidung	87
4.	Das öffentliche Ausweisungsinteresse nach § 54 AufenthG	88
a)	Die besonders schwer wiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 1 AufenthG	88
b)	Die schwer wiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 2 AufenthG	89
5.	Das private Verbleibeinteresse des Ausländers nach § 55 AufenthG	89
a)	Die besonders schwer wiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 1 AufenthG	90
b)	Die schwer wiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 2 AufenthG	90
IV.	Die Überwachung der Ausreise nach § 56 AufenthG	91
V.	Die Durchsetzung der Ausreise nach §§ 57 ff. AufenthG	92
1.	Die Zurückschiebung nach § 57 AufenthG	92
2.	Die Abschiebung nach § 58 AufenthG	92
a)	Die allgemeinen Abschiebungsvoraussetzungen des § 58 AufenthG	93
aa)	Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht nach § 58 Abs. 2 AufenthG	94
bb)	Die Überwachung der Ausreise nach § 58 Abs. 3 AufenthG	95

b) Die Abschiebungsbeschränkungen des § 58 Abs. 1a und Abs. 1b AufenthG	96
3. Die Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	96
4. Die Abschiebungsandrohung nach § 59 AufenthG	97
5. Die Abschiebungsverbote und Abschiebungshindernisse nach § 60 AufenthG	98
a) Die Arten von Abschiebungshindernissen	98
b) Die Regelung von Abschiebungsverböten in § 60 AufenthG	100
6. Die Duldung nach § 60a AufenthG	101
a) Die Funktion der Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG ...	101
b) Die Voraussetzungen einer Duldung nach § 60a Abs. 1 bis Abs. 2b AufenthG	102
c) Die weiteren Folgen einer Duldung nach § 61 AufenthG ..	103
d) Die Abschiebungshaft nach § 62 und § 62a AufenthG	104
e) Der Ausreisegewahrsam nach § 62b AufenthG	105
VI. Die Verhinderung der Wiedereinreise nach § 11 AufenthG	105
1. Das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 1 bis Abs. 4 AufenthG	105
2. Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 6 und Abs. 7 AufenthG	107
VII. Der Rechtsschutz gegen Ausweisungen mit Nebenentscheidungen	108
1. Die Anfechtungsklage gegen Ausweisung und Ausreiseaufforderung	108
a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	109
b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	109
c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	110
d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	110
2. Die Verpflichtungsklage auf Verkürzung der Wirkungen des Einreise- und Aufenthaltsverbots	110
a) Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	110
b) Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	110
c) Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	111
3. Der Eilrechtsschutz gegen den Sofortvollzug der Ausweisung	111

§ 6	Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	111
I.	Die Einreise und der Aufenthalt von Unionsbürgern	112
1.	Die Freizügigkeit von Unionsbürgern	112
a)	Die materielle Freizügigkeit	112
b)	Die formellen Regelungen für die Freizügigkeit	113
2.	Die Rechtsstellung der Familienangehörigen von Unionsbürgern	113
a)	Die materielle Rechtsstellung der Familienangehörigen	113
b)	Die formellen Regelungen für Familienangehörige	115
3.	Die Überprüfung einer Freizügigkeit nach § 5 FreizügG/EU	115
4.	Die Anfechtungsklage gegen die Feststellung des Freizügigkeitsverlusts	116
a)	Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	116
b)	Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	117
c)	Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	117
d)	Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	117
II.	Die Aufenthaltsbeendigung von Unionsbürgern und Familienangehörigen	117
§ 7	Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	119
I.	Die Einreise und der Aufenthalt von Assoziationsberechtigten	119
1.	Die Rechtsstellung des Arbeitnehmers nach Art. 6 ARB 1/80	120
2.	Die Rechtsstellung der Familienangehörigen nach Art. 7 ARB 1/80	121
3.	Die Besonderheiten des „Stand Still“ nach Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 ZP	122
II.	Die Aufenthaltsbeendigung von Assoziationsberechtigten	124
1.	Die Besonderheiten einer Ausweisung Assoziationsberechtigter	124
2.	Der Verlust des assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts durch Erlöschen	125

3. Teil

Die Grundlinien des Asylrechts in Deutschland

§ 8	Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	127
I.	Die Enttäuschungen durch das Asylrecht i.w.S.	127

II. Die Begriffe des Asylbewerbers, des Asylverfahrens und des Asylrechts	130
§ 9 Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	131
I. Die Anerkennung als Asylberechtigter nach Art. 16a GG	133
1. Der Schutzbereich des Grundrechts auf Asyl	133
a) Die geschichtliche Dimension des Asyls	133
b) Der Anspruch auf Asylanerkennung	134
2. Der Begriff des politisch Verfolgten	134
a) Die von Verfolgung bedrohten Rechtsgüter	135
b) Die zurechenbare Verfolgungshandlung	136
c) Das Politische einer Verfolgung	137
d) Der Begriff des Verfolgers	137
e) Der Zeitpunkt der Verfolgung – die Vor- oder Nachfluchtgründe	138
f) Der Ort der Verfolgung – die innerstaatliche Fluchtalternative	139
g) Die Einzel- oder Gruppenverfolgung	139
h) Die prozessuale Durchsetzung des Asylgrundrechts	139
3. Die Schranken des Asylgrundrechts nach Art. 16a Abs. 2 und Abs. 3 GG	140
a) Das Konzept der normativen Vergewisserung	140
b) Die sicheren Drittstaaten nach Art. 16a Abs. 2 GG i.V.m. § 26a AsylG	141
aa) Die tatsächlichen Grenzen der Drittstaatenregelung ...	141
bb) Der Sonderfall der Einreise auf unbekanntem Weg	142
cc) Die Antragsablehnung nach § 26a Abs. 1 Satz 1 AsylG	143
c) Die sicheren Herkunftsstaaten nach Art. 16a Abs. 3 GG ...	143
4. Die Rechtsfolgen der Asylanerkennung	145
II. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG ..	146
1. Der Begriff des Flüchtlings	146
2. Die Elemente einer flüchtlingsrelevanten Verfolgung	147
a) Der Begriff der Verfolgung	147
b) Die Verfolgungsgründe und die Verfolgungsintensität	148
c) Der Zeitpunkt und die Wahrscheinlichkeit der Verfolgung	149
d) Die Besonderheiten der Gruppenverfolgung	150
e) Der Begriff des Verfolgers	150
f) Der Ort der Verfolgung	151

3.	Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung der Flüchtlingeigenschaft	151
4.	Die Rechtsfolgen der Zuerkennung der Flüchtlingeigenschaft	151
III.	Die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG	152
1.	Die Gefahr eines ernsthaften Schadens	152
2.	Der Schutz vor einer Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe	153
3.	Der Schutz vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	154
a)	Die Formen einer geächteten Misshandlung	154
b)	Die Zielgerichtetheit und die Zurechenbarkeit einer Misshandlung	155
4.	Der Schutz vor Gefahren für Leib oder Leben im bewaffneten Konflikt	156
a)	Die Begriffe des internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts	157
b)	Die erhöhte allgemeine oder individuelle Gefahrenlage für Zivilisten	157
c)	Die Gefährdung durch „willkürliche Gewalt“	159
5.	Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung subsidiären Schutzes	160
6.	Die Rechtsfolgen der Zuerkennung subsidiären Schutzes	161
IV.	Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	161
1.	Der Schutz vor sonstigen Verletzungen der EMRK nach § 60 Abs. 5 AufenthG	161
2.	Der Schutz vor sonstigen erheblichen Gefahren nach § 60 Abs. 7 AufenthG	162
a)	Die zur Extremgefahr gesteigerte generelle Gefahrenlage ..	162
b)	Die zur Extremgefahr gesteigerte individuelle Gefahr	163
3.	Die prozessuale Durchsetzung der Feststellung von Abschiebungsverboten	164
4.	Die Rechtsfolgen der Feststellung von Abschiebungsverboten	164
V.	Die ablehnende Asylentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	165
1.	Die vollständige Antragsablehnung	166
a)	Die Zulässigkeit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	166

b) Die Begründetheit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	167
c) Das Kostenrisiko der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	168
d) Der Klageantrag der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	169
e) Das Rechtsmittel und der Eilrechtsschutz	169
2. Die Ablehnung als offensichtlich unzulässig oder als offensichtlich unbegründet	170
3. Die teilweise Antragsablehnung	173
VI. Die Berücksichtigung von Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	173
1. Das Erlöschen der Schutzberechtigung nach § 72 und § 73a AsylG	174
2. Die Rücknahme oder der Widerruf der Schutzberechtigung ...	175
a) Der Widerruf der Asylberechtigung oder der Flüchtlingeigenschaft	175
b) Die Rücknahme der Asylberechtigung oder der Flüchtlingeigenschaft	177
c) Der Widerruf und die Rücknahme des subsidiären Schutzes	177
d) Der Widerruf und die Rücknahme der Feststellung von Abschiebungsverboten	178
e) Die Widerrufs- oder Rücknahmeentscheidung des BAMF	178
3. Der Folgeantrag nach § 71 AsylG	179
§ 10 Das formelle Asylverfahren	181
I. Die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	182
1. Die Einreise auf dem Land- oder Luftweg	182
a) Der verfahrensabhängige Aufenthalt	183
b) Die Einreise auf dem Landweg	184
c) Die Einreise auf dem Luftweg	185
2. Der Aufenthalt während des Asylverfahrens	188
a) Die Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung	188
b) Die Änderung der räumlichen Zuweisung durch Umverteilung	190
c) Die räumliche Beschränkung während des Asylverfahrens	190

3. Der Lebensunterhalt während des Asylverfahrens	192
a) Das general-präventive Erwerbstätigkeitsverbot für Asylbewerber	192
b) Die Leistungen nach dem AsylbLG	193
II. Der Ablauf des Asylverfahrens	196
1. Die Vorprüfung der Zuständigkeit Deutschlands im Dublin- III-Verfahren	197
a) Die Funktionsprinzipien des Dublin-III-Systems	197
b) Der Rechtsschutz gegen eine Überstellungsentscheidung ...	200
c) Die Funktionsgrenzen des Dublin-III-Systems	202
d) Die innerstaatliche Zuständigkeit des BAMF	204
2. Die sachliche Prüfung des Asylantrags im Asylverfahren	204
a) Die Identitätsprüfung nach §§ 15 f. AsylG	204
b) Die Antragstellung nach § 23 AsylG	207
c) Die Anhörung nach § 25 AsylG	208
d) Die Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG und die BÜMA nach § 63a Abs. 1 AsylG	209
3. Die Sonderregelungen für besonders Schutzbedürftige	210
a) Die besondere Problematik von Eheleuten und Familien ...	210
b) Die Handlungsfähigkeit und Vertretung Minderjähriger nach § 12 AsylG	210
c) Die Wahrung der Familieneinheit nach § 14a AsylG	211
d) Das Familienasyl und der Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylG	212
e) Die Rechtsstellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	213
aa) Das Phänomen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	213
bb) Die Sondersituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	214
cc) Die amtliche Altersfeststellung bei Zweifeln an der Minderjährigkeit	216
III. Die Besonderheiten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Asylsachen	217
1. Die Abweichungen in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	217
a) Die verkürzte Klagefrist nach § 74 Abs. 1 AsylG	218
b) Der einheitliche entscheidungserhebliche Zeitpunkt nach § 77 Abs. 1 AsylG	218
c) Der weitgehende Ausschluss der aufschiebenden Wirkung in § 75 AsylG	218

d) Der erweiterte Einsatz von Einzelrichtern nach § 76 Abs. 1 AsylG	219
2. Die Beschränkungen der Rechtsmittel im Asylrecht	220
a) Der Ausschluss der Berufung nach § 78 Abs. 1 AsylG	220
b) Die Beschränkung der Berufungszulassungsgründe nach § 78 Abs. 3 AsylG	220
c) Der Ausschluss der Beschwerde nach § 80 AsylG	221
3. Das Beschleunigungsinstrument der Betreibensaufforderung nach § 81 AsylG	221
4. Der Ablauf eines asylrechtlichen Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht	222
a) Die Vorbereitung	222
b) Die mündliche Verhandlung	224
c) Die Nacharbeit	224
 § 11 Die Perspektiven des deutschen und europäischen Asylsystems	 225
 Literaturverzeichnis	 231
 Stichwortverzeichnis	 235